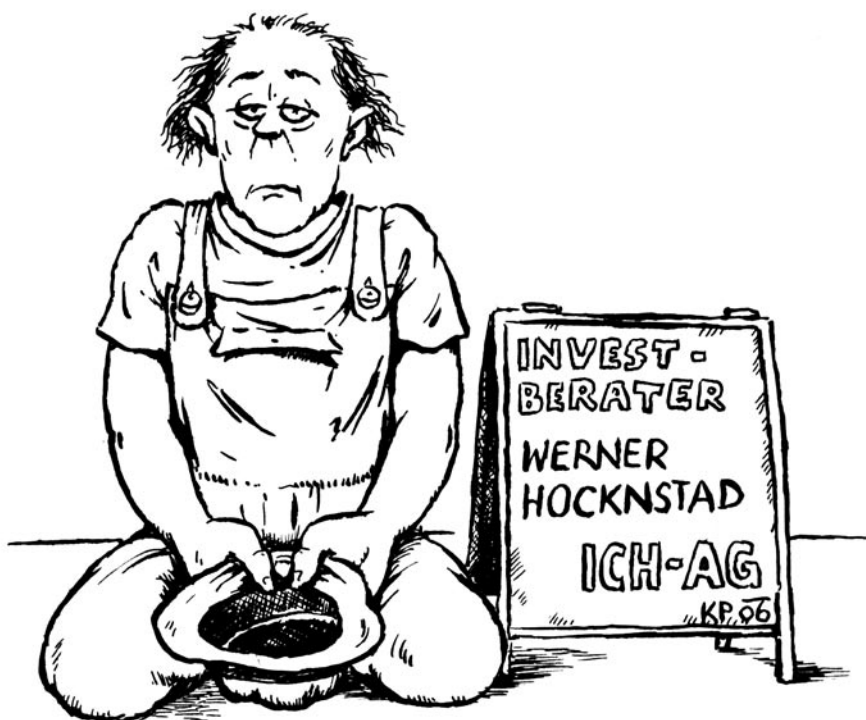


# Beschäftigung und Arbeitswelt



**Soll das unsere Zukunft sein?**

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Vorbemerkungen

### Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	3
Bestandsaufnahme Niederösterreich	5
Beschäftigungspolitische Lenkungsmöglichkeiten des Landes und der Gemeinden	8
Arbeitswelt	13
Die Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle und Existenz sichernde Arbeit für alle	15
Ladenöffnungszeiten	17
Schwarzunternehmertum	17
Maßnahmen zur Finanzierung	18

### Vorbemerkungen

Zum neoliberalen Umbau des Kapitalismus gehört, viele soziale und lohnpolitische Errungenschaften sowie Errungenschaften im Bereich der Demokratie und Mitbestimmung als Markthindernisse anzugreifen und unter dem Deckmantel des – positiv besetzten – Begriffes Reformen zu beseitigen. Während die Produktion des Reichtums und der Produkte gesellschaftlich ist, das heißt, dass durch die entwickelte Arbeitsteilung immer mehr Menschen – auch über die nationalen Grenzen hinweg – an der Produktion der Produkte und Reichtümer beteiligt sind, bleibt die Aneignung dieses Reichtums privat, also in der Hand einiger weniger Kapitalisten. Vorangetrieben wird das durch die zunehmende Globalisierung der Märkte, die Umbrüche in der Produktions- und Arbeitsorganisation und damit verbunden die Entwicklung von einer Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft. Das führt auch in den reichen Ländern zu Massenarbeitslosigkeit, zur Zunahme sozialer Spannungen, zur Entsolidarisierung und Individualisierung, zur Zunahme politischer Konflikte und militärischer Auseinandersetzungen zur Sicherung von Ressourcen und

Einflusssphären. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung aller Bereiche werden als scheinbar unverrückbare ökonomische Entwicklungen gepriesen.

Schlagworten wie „Weniger Staat – mehr privat“ oder „Null-Defizit“ wird der neoliberale Umbau Österreichs unter der jetzigen schwarz-blau-orangen Regierung noch rasanter durchgeführt, als er mit den rot-schwarzen Regierungen begonnen wurde. Nur mehr notdürftig werden die Angriffe auf den bzw. der Abbau des Sozialstaates verschleiert. Grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, auf angemessenen Wohnraum oder das durch Beitragsleistungen erworbene Recht auf Gesundheits- und Sozialleistungen werden ausgehöhlt. Arbeitslose, Notstands- und SozialleistungsempfängerInnen werden als SozialschmarotzerInnen, die sich in der Hängematte des Sozialstaates ausruhen, denunziert und gegeneinander ausgespielt, Nationalismus und Rassismus geschürt. Die staatliche Vorsorge für Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit wird zusehends als unfinanzierbar diffamiert und in den Be-

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Bestandsaufnahme Niederösterreich

reich des Privaten verwiesen. Und anstatt soziale Sicherheit für alle in Österreich lebenden Menschen und Vollbeschäftigung anzustreben, wurden Rücklagen der Sozialversicherungen und „Überschüsse“ aus der Arbeitslosenversicherung in Milliardenhöhe für das Budget eingestreift – Gelder, die den Versicherten gehören! – während Milliarden für so sinnlose Anschaffungen wie Abfangjäger locker gemacht werden.

Gleichzeitig werden aber auch die Spielräume der Länder und Gemeinden durch den Druck des Bundes, auch ihr Schärfflein

zur Sanierung des Bundesbudgets beitragen zu müssen, und gleichzeitig durch die Maastricht-Kriterien der EU, Schlagwort „Gesamtverschuldung“, immer mehr eingeengt. Immer weniger wird unser Land durch soziale Politik regiert, sondern die PolitikerInnen aller im Parlament und Landtag vertretenen Parteien schwimmen im Sog des neoliberalen Kapitalismus und entziehen sich unter dem Deckmantel „Sachzwänge“ immer mehr ihrer Verantwortung. „Sozioökonomie“ ist jetzt das Schlagwort, soll heißen: Nicht die Sozialpolitik, die wirtschaftlichen Aspekte stehen im Vordergrund.

### **Wir KommunistInnen fordern**

→ eine grundlegend andere Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik, insbesondere eine Abkehr von den neoliberalen Dogmen – in Niederösterreich, in Österreich in der EU, weltweit.

## Bestandsaufnahme Niederösterreich

Insgesamt sind in Niederösterreich im Jahr rund 530.000\* Menschen unselbständig beschäftigt, davon sind rund 44,5% Frauen. Wiederum 44,6% dieser Frauen arbeitet Teilzeit, rund 10% sind geringfügig beschäftigt. Ungefähr 6,4% der unselbständig Beschäftigten sind geringfügig beschäftigt, 70% davon sind Frauen.

Derzeit ist pro Jahr in NÖ etwa jeder vierte unselbständig beschäftigte Mensch einmal von Arbeitslosigkeit betroffen. Das heißt: Von den rund 530.000 unselbständig beschäftigten Menschen werden jährlich etwa 132.500 Menschen arbeitslos. Zum Jahreswechsel 2005/06 hatte Niederösterreich die höchste Arbeitslosenrate seit 1945. Durchschnittlich sind rund 42.600 Menschen als arbeitslos vorgemerkt (in dieser Zahl sind die durchschnittlich 7.800 in Schulungen befindlichen NiederösterreicherInnen nicht enthalten) – Tendenz weiter steigend (Arbeitslosenquote im Jänner: 10,4%, d. h. 59.559 NiederösterreicherInnen), rund 9.300 Menschen davon sind über 50 Jahre. Besonders hoch ist auch der Anteil an jugendlichen Arbeitslosen, im Schnitt sind ungefähr 7.400

Menschen unter 25 Jahren vorgemerkt (im Jänner 2006: 9.655!), davon ca. 1.000 für Lehrstellen. Einer der Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit laut AMS-NÖ ist auch das Hinaufsetzen des Pensionsalters. Dadurch werden weniger Stellen frei.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung wird in wirtschaftliche und soziale Notlagen getrieben. Immer mehr Menschen werden gegen ihren Willen vom Arbeitsprozess ausgegrenzt, junge Menschen werden ihrer Perspektiven beraubt, immer mehr Frauen bekommen nur mehr eine Teilzeitarbeit oder eine geringfügige Beschäftigung. Und trotz dieser bereits bestehenden prekären Situation am Arbeitsmarkt (Steigerung der Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2000 um über 25%, das sind durchschnittlich über 10.000 Menschen monatlich in Niederösterreich mehr, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind) wurden und werden die Mittel für aktivierende Maßnahmen bzw. für eine Ausweitung des Personals kaum erhöht.

Die Einkommensunterschiede sind in NÖ je nach Bezirk stark ausgeprägt. Das durch-

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Bestandsaufnahme Niederösterreich

schnittliche Einkommen in den Bezirken um Wien und im Süden bis Baden liegt bei 1.680 Euro – gleichzeitig steigt hier aber auch die Arbeitslosenzahl –, während in den Grenzlandbezirken das durchschnittliche Einkommen bei 1.450 bis 1.500 Euro liegt, absolutes Schlusslicht mit 1.365 Euro ist Hollabrunn. Insgesamt liegen wir unter dem Bundesdurchschnitt, während wir beim Reallohnverlust (laut AK-Studie sanken zwischen 2000 und 2004 die Realeinkommen um 11%) im Bundesdurchschnitt liegen. Insbesondere wirkt sich die hohe Arbeitslosigkeit aber fatal auf junge Lohnabhängige aus. Wie aus einer Studie der NÖ Arbeiterkammer hervorgeht, verdienen junge Lohnabhängige immer weniger. Das reale Medianeinkommen der Lohnabhängigen bis 19 Jahre ist zwischen 2000 und 2004 um 5,1% gesunken, die Einstiegsgehälter von Angestellten sanken um 9,2%. Weiter stark ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Männer- und Fraueneinkommen. Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede liegen in

NÖ deutlich höher (in NÖ 34,3%, im Bundesdurchschnitt 32,7%) als im Bundesgebiet – im Jahr 2004 betrug in NÖ das Medianeinkommen der Männer 1.900 Euro, das der Frauen nur 1.249 Euro brutto. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren der Beschäftigungszuwachs vor allem in den Bereichen Handel, Fremdenverkehr, Gesundheitswesen und sonstige Dienstleistungsunternehmen überproportional war – nicht zuletzt, weil vom Land NÖ gefördert. Das sind gleichzeitig die Bereiche, in denen überwiegend Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. So hat eine im März 2002 veröffentlichte Studie aufgezeigt, dass rund 37% der atypisch Beschäftigten insgesamt unter 625 Euro verdienen. Aber auch in NÖ leben immer mehr Menschen trotz Vollzeitarbeit an bzw. unter der Armutsgrenze.

**Für die KPÖ-Niederösterreich hat das Recht auf Existenz sichernde und sinnvolle Arbeit Vorrang.**

### Wir KommunistInnen fordern

- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- Einen Mindestlohn von 1.300 Euro wertgesichert.
- Soziale Mindeststandards (Arbeitslosengeld, Pension, Karenzgeld, etc.) in der Höhe von mindestens 80% dieses Mindestlohns.
- Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen sozialversicherungs-pflichtig (d. h. auch arbeitslosenversicherungspflichtig) werden.
- Bei der Vergabe von Stellen müssen Frauen bevorzugt werden, wenn sie die erforderliche Qualifikation nachweisen, und zwar so lange, bis sie in allen Bereichen und Hierarchiestufen entsprechend der Frauenbeschäftigungsanteile vertreten sind.
- Bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit Aussetzen der Rückzahlungsraten von bestehenden Krediten.
- Die Einführung der 32-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich) als ersten Schritt.
- Den drastischen Abbau sowie eine für die Unternehmer spürbare Verteuerung regelmäßig geleisteter Überstunden.
- Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherung auf Kosten der Unternehmen.
- Das Recht auf lebenslanges Lernen und ständige Weiterqualifikation.

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Beschäftigungspolitische Lenkungsmöglichkeiten

### Beschäftigungspolitische Lenkungsmöglichkeiten des Landes und der Gemeinden

Ein ganz wichtiges Instrument wurde bereits so gut wie völlig ausverkauft: die verstaatlichten Betriebe. Und auch damals wurde der Ausverkauf gut vorbereitet. Als die Gewinne nicht mehr so üppig in die Staatskasse flossen, als der Druck der Privatindustrie, für die die verstaatlichten Betriebe schon immer ein Dorn im Auge waren, immer größer wurde, wurden Manager eingesetzt, welche die Betriebe erst einmal in schmackhafte Happen zergliederten. Als der Staat dann aus hausgemachten, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen von außen, immer mehr mit beachtlichen Subventionen beispringen musste wurden die lukrativen Teile um Spottpreise verschertelt. Wenn wir von diesen staatlichen Subventionen sprechen, dann müssen wir dabei aber auch daran erinnern, dass große Teile dieser Gelder in Form der Umwegrentabilität (Lohnsummensteuer etc.) wieder ins Staatsäckel zurückflossen. Aber mit dem „Privatisieren“ waren nicht nur die Betriebe weg, sondern diese waren damit auch der Einflussmöglichkeit der Politik entzogen – siehe nur das Beispiel Semperit. Das hatte gewalti-

ge Auswirkungen auf Zulieferbetriebe, die Beschäftigung, die Entlohnung, die Infrastruktur in den Regionen.

Nun sind so wichtige Bereiche wie Post, Wasser, Kanal, Gas, Strom, Wärme, öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Altersheime, Fuhrparks, Eislaufplätze, Schwimmbäder, Müllabfuhr usw. dran. Nichts bleibt verschont. Das bedeutet aber unter anderem, dass weitere Gestaltungsspielräume von der Politik aufgegeben werden.

Wenn man nun dazurechnet, dass durch die sogenannten Sparzwänge das Land Niederösterreich und die Gemeinden gezielt weniger Aufträge vergeben bzw. Mittel für Investitionen ausgeben und damit in ganz bestimmten Wirtschaftszweigen die Beschäftigung nicht mehr ankurbeln wird klar, wie sehr auch in Niederösterreich die Landes- und Gemeindepolitiker die Lenkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten fortgeworfen haben.

Diese folgenschwere Entwicklung führt entweder zum weiteren Ausverkauf oder

zur Pleite österreichischer Betriebe und damit zur steigenden Auslandsabhängigkeit in wesentlichen Produktionen und Technologien. Dadurch und durch Rationalisierungen, durch Aufnahmestopp bzw. Entlassungen (letzte Meldung im November 2005: 15.600 Dienstposten sollen eingespart werden) bei Behörden, staats-, landes- und gemeindenahen Betrieben kommt es zur Massenarbeitslosigkeit. Dabei geht natürlich die Arbeit nicht aus, sondern nur der Wille, für gesellschaftlich notwendige oder nützliche Arbeiten zu bezahlen, die nicht oder nur zu einem ganz geringen Maße kapitalistisch verwertbar, also Profit bringend sind.

All das hat wieder Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen und die Sozialversicherungssysteme.

Begleitet wird die steigende Arbeitslosigkeit von weiterem Wachstum der Wirtschaft, von steigenden Gewinnen und Reichtum der Großaktionäre und der Banken. Das Steigen der Arbeitslosenrate macht die Börsianer munter und lässt

die Aktienkurse steigen, gleichzeitig wird aus der Arbeit der einen der Luxus der anderen.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung geht einher, dass Steuern auf Gewinne, insbesondere auf Spekulationsgewinne und Vermögen, praktisch abgeschafft wurden, während die Massensteuern so hoch sind wie noch nie.

Das alles und mehr hat dazu geführt, dass die beschäftigungspolitischen Lenkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Politik sehr zurückgegangen sind.

Das Land NÖ setzt vor allem auf Wirtschaftsförderung und Standortkonkurrenz. Vor fast 20 Jahren wurde ein Regionalförderprogramm entwickelt und „Eco Plus“ wurde mit der Umsetzung beauftragt. Seither flossen Milliarden Euros an Projektförderungen einerseits in insgesamt 12 landesweit angesiedelte Wirtschaftsparks mit speziellen Schwerpunkten, z. B. der Wirtschaftspark Eco Plus Wr. Neustadt als Technologiestandort, oder der

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Beschäftigungspolitische Lenkungsmöglichkeiten

Wirtschaftspark Eco Plus Bruck/L. soll als logistische Drehscheibe Mitteleuropas wirken, während andererseits auch regionale Projekte aus den Bereichen Tourismus, Kultur und Gewerbe finanziell unterstützt und beraten werden (z. B. Schaffung regionaler Innovationszentren, der Ausbau von Radregionen, oder die Verbesserung der Infrastruktur für ein Wintersportgebiet, Förderung von Natur-, Kultur- und Themenparks). Zur Standortsicherung sieht das Land Maßnahmen zur Attraktivierung Niederösterreichs als Messestandort als besonders wichtig an. Insgesamt wurden in den letzten Jahren an die 1.000 Projekte, davon rund 45% Neugründungen, unterstützt. Seit 1998 ist ein spezieller Schwerpunkt die Wirtschaftsförderung der Grenzregion (EU-Erweiterung), besonders grenzüberschreitende Kooperationen (z. B. Gmünd – Ceske Velenice), und seit etwa zwei Jahren setzt das Land auf eine Technologieoffensive.

Wenn wir jetzt vergleichen, wo und mit wie viel die Wirtschaft gefördert wird und welche Einkommensunterschiede und da-

mit zusammenhängend, was für ein Wohlstandsgefälle in NÖ herrscht, oder wenn man sich die Bezirksarbeitslosenstatistiken anschaut, dann fragt man sich, ob die vom Land gesetzten Schwerpunkte nicht doch an den Notwendigkeiten vorbei gehen. Zum Beispiel wird gefeiert, dass durch diese enormen Förderungen der letzten Jahre neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, während allein 2005 durch die Rekordzahl von 300 Betriebsinsolvenzen in Niederösterreich laufend Jobs verloren gehen. Anscheinend stellen sich die Verantwortlichen die gleiche Frage, denn ab 2006 will das Land verstärkt Geld in den Wohnbau, in die Infrastruktur (hier aber leider hauptsächlich in den Straßenbau), in den Hochwasserschutz sowie in Pflegeheime und Spitäler investieren.

Gegenüber der Wirtschaftsförderung stellt das Land bei weitem geringere Mittel (der NÖ Beschäftigungspakt wurde gerade von 127 auf 154 Millionen Euro aufgestockt, während allein in den Straßenbau ca. 500 Millionen gepumpt werden) für die Förderung von Lohnabhängige, welche haupt-

sächlich die Förderung von Projekten für Jugendliche, Frauen und über 50-jährige umfasst, zur Verfügung. Ansonsten fließen

Fördergelder für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Notstandsbeihilfen und für die PendlerInnenhilfe.

### Wir KommunistInnen fordern

- Sofortiger Stopp der Privatisierungen für alle öffentlichen und kommunalen Dienste und Dienstleistungsbetriebe
- Einrichtung eines öffentlichen Investitionsfonds zum Rückkauf ehemals verstaatlichter Betriebe und damit längerfristig den Neuaufbau eines demokratisch kontrollierten öffentlichen Wirtschaftssektors, der die Fehlentwicklungen in der ehemals verstaatlichten Industrie verhindert und neue Voraussetzungen für eine nachhaltige beschäftigungs-, umwelt- und sozialorientierte Wirtschaftspolitik schafft.
- Radikale Anhebung der Mittel der öffentlichen Hand für Investitionen in Vorhaben mit hohem Beschäftigungseffekt (Investitionen in den Ausbau der Schiene haben zum Beispiel einen höheren Beschäftigungseffekt als der Ausbau des Straßenverkehrsnetzes).
- Die Schaffung eines öffentlichen oder öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.



# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Arbeitswelt



- Der Finanzausgleich muss zugunsten der Gemeinden, die den Großteil öffentlicher beschäftigungswirksamer Investitionen tätigen, geändert werden.
- Pünktliche Auszahlung der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden.
- Bei Überschreiten von Schwellwerten der regionalen Arbeitslosenraten müssen zusätzliche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen ausgelöst werden. Die Finanzierung erfolgt durch eine Beschäftigungsabgabe aller Unternehmen (analog dem Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds).
- Jede beschäftigungspolitische Maßnahme muss mit spezieller, verpflichtender Frauenförderung verbunden werden.
- Gesetzlicher Anspruch auf einen kostenlosen, ganztägigen Kinderbetreuungsplatz vom ersten Geburtstag (derzeit gibt es in Österreich nur für ca. 10% der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze) bis zum Ende der Schulpflicht des Kindes unter Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Das heißt: das Land hat dafür zu sorgen, dass für jedes Kind eine kostenlose, gut erreichbare Einrichtung bereit gestellt wird (z. B. dadurch, dass ab einer festgelegten Anzahl von Beschäftigten, Betriebe Betriebskindergärten einrichten müssen bzw. jeder Betrieb einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung dieser Einrichtungen leisten muss). Die Öffnungszeiten müssen



- sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Wir sehen diese Einrichtungen aber nicht als Kinderbewahranstalten. Darum fordern wir eine dem Alter und den Bedürfnissen der Kinder entsprechende Vielfalt von Modellen, deren Kriterien u. a. beinhalten, dass sich die Qualität der Betreuung am letzten Wissensstand der Pädagogik orientiert (qualifiziertes Personal), dass die Kinder emotionale Geborgenheit erfahren und dass soziales Lernen angeboten wird.
- Ausbau der aktiven und experimentellen Arbeitsmarktpolitik insbesondere bei Frauen-, Jugend- und MigrantInnenprojekten.

## Arbeitswelt

In den letzten beiden Jahrzehnten haben wir eine radikale Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise erlebt. Das zeigt sich bei Wissenschaft und Technik und damit in allen Bereichen der Produktion, der Kommunikation und Konsumtion und führt zu einem Wandel in der Arbeitswelt, in der

Bildung und Ausbildung. Der Anzahl der unselbständig Beschäftigten war noch nie so hoch wie heute. Trotzdem sinkt der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen massiv. Auf der anderen Seite wachsen Profite und Arbeitslosigkeit gleichzeitig.



# Beschäftigung und Arbeitswelt

Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für alle

Durch die radikale Umwälzung wird die Gesellschaft immer stärker sozial differenziert, zersplittert und individualisiert. Rund ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch, Tendenz stark steigend. Besonders Frauen, die einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit leisten, sind von prekären Arbeitsverhältnissen und von der Abschiebung in Niedriglohnbereiche betroffen. Auch in Niederösterreich – wie in allen Industriestaaten – ist auf Grund jahrzehntelanger Zuwanderung die Arbeiterklasse multiethnisch und multikulturell geworden. Die Anzahl der klassischen IndustriearbeiterInnen hat sich aufgrund der wissenschaftlich-technischen Veränderungen in der Produktion und der damit verbundenen wirtschaftlichen Strukturveränderungen erheblich verringert und verringert sich weiter. Aber auch im eigentlichen Dienstleistungsbereich wie bei Banken, Versicherungen, Post und Bahn ist seit Jahren ein gigantischer Personalabbau im Gange.

Eine immer wichtiger werdende produktive Kraft sind die Wissens- und InformationsarbeiterInnen. Durch innere Konflikte ist diese Gruppe in sich selbst zerrissen. Die Möglichkeiten und Leistungsfähigkeiten ihres produktiven Vermögens werden der Kapitalverwertung untergeordnet, ihre Kreativität und schöpferische Gemeinschaftsarbeit durch hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen untergraben. Da die „Neue Ökonomie“ nichts an den ökonomischen Eigentums- und Machtverhältnissen verändert, bleiben die Arbeitsplätze fremdbestimmt. In den computertechnologisch dominierten Bereichen, in denen weniger der hoch qualifizierte Programmierer typisch ist, sondern die belastenden, gleichförmigen, festgelegten und schlecht bezahlten Tätigkeiten in sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen, brechen unter den Lohnabhängigen neue Spaltungen auf. Massenhaft werden Menschen aus dem Lohnverhältnis herausgeworfen und in „informelle“ Sektoren abgedrängt.

## Die Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle und Existenz sichernde Arbeit für alle ...

... und leistungsgerechte Bezahlung, das erfordert auch die Neubewertung der Arbeit von Frauen.

Ein Grundsatz jeder beschäftigungsorientierten Lohn- und Wirtschaftspolitik muss sein, dass sich alle Menschen diejenigen Verbrauchsgüter und Dienstleistungen auch leisten können, die sie erzeugen oder erbringen. Daher tritt die KPÖ für eine aktive und kämpferische Lohnpolitik der Gewerkschaften ein, die sicherstellt, dass die arbeitende Bevölkerung und die PensionistInnen am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können.

Schon in der Vergangenheit zeigte sich: allein größere Arbeitszeitverkürzungen konnten die Arbeitslosigkeit reduzieren, oder deren Anstieg bremsen. Auch heute sollte dies eine Hauptstoßrichtung sein. Darum fordern wir auch die sofortige Einführung der 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In der Folge fordern wir, dass festgelegt werden soll, dass ein bestimmter Anteil der gesteigerten Arbeitsproduktivität mittels weiteren Kürzungen

der Arbeitszeit abgegolten werden. Damit diese Maßnahmen auch greifen, ist es notwendig die Möglichkeit von Überstunden gesetzlich zu begrenzen. Dabei muss darauf Rücksicht genommen werden, dass derzeit viele Beschäftigte ihre Existenz oft nur durch die Leistung von Überstunden absichern können. Daher ist – entgegen der Forderungen der Wirtschaft nach Deregulierung – eine Tarifbindung und ein gesetzliches Festschreiben von Mindestlöhnen für alle Unternehmen in allen Wirtschaftsbranchen notwendig. Auch die Kollektivverträge als prinzipielle Regelungsinstanz der arbeitsrechtlichen Beziehungen müssen nicht nur beibehalten, sondern, wo derzeit keine kollektivvertraglichen Regelungen existieren, installiert werden.

Freie Dienstverträge, Werkverträge und andere Formen unfreiwilliger Selbständigkeit kommen in der Praxis immer häufiger vor. Menschen, die nach allgemeinem Verständnis als Lohnabhängige betrachtet werden, gelten rein rechtlich plötzlich als selbständig und verlieren ihren Anspruch auf den kollektivvertraglichen Mindestlohn,



# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Ladenöffnungszeiten/Schwarzunternehmertum

auf bezahlten Urlaub, auf Sicherung ihres Einkommens bei Krankheit, auf Schutz vor ungerechtfertigtem Verlust ihres Arbeitsplatzes, auf Arbeitslosengeld usw., aber auch auf betriebsrätliche Vertretung.

Es ist daher unverzichtbar, den Begriff der unselbständig Erwerbstätigen neu zu fassen, um jene, die nicht alle Kriterien der unselbständig Erwerbstätigen erfüllen, bei denen aber doch die Elemente der unselbständig Erwerbstätigkeit überwiegen, auch ins Arbeitsrecht, in die Kollektivverträge usw. einzubinden. Auch die Schutzbestimmungen für Heimarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit sind zu verbessern. Außerdem ist darauf zu achten, dass diese Arbeitsformen Ausnahme bleiben und nicht zur Regel werden. Zur Regel wird derzeit zum Beispiel, dass Arbeitssuchende von Unternehmern unter Druck gesetzt werden, arbeitsrechtliche und soziale Rahmenbedingungen zu umgehen bzw. nicht einzuhalten (z. B. Ein-

stellung nur mit einem schlechteren Kollektivvertrag). Eine Studie der AK und des ÖGB belegt: Unfaire Arbeitsvertragsklauseln sind ein Massenphänomen.

Besonders fällt auf, dass sich die Unternehmer maximale Flexibilität im Zugriff auf die Arbeitskraft der Lohnabhängigen verschaffen, während sie gleichzeitig alles tun, um die Bewegungsfreiheit der Lohnabhängigen maximal zu beschränken.

Gleichwertige soziale, ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten sind eine wichtige Voraussetzung für eine menschengerechtere Arbeitsplatz- und Arbeitsgestaltung innerhalb der Erwerbsarbeit. Wir setzen uns für eine Humanisierung der Arbeit ein und fordern daher sowohl die Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes für alle Arbeitenden als auch die Verbesserung ihrer arbeitsrechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen ein.

### Ladenöffnungszeiten

Obwohl Befragungen unter KonsumentInnen ergeben, dass die überwiegende Mehrheit (87%) die derzeitigen Regelungen als ausreichend empfinden, wird von der Wirtschaft bzw. den zuständigen Ministern immer wieder die Forderung, die Ladenöffnungszeiten zu erweitern, gestellt. Schon jetzt wird in Niederösterreich die bestehende Möglichkeit, in Tourismus-

gemeinden die Ladenöffnungszeiten flexibel zu gestalten, kräftig ausgenutzt. Das führt dazu, dass Handelsangestellte – überwiegend Frauen – unter höchst unzulänglichen Rahmenbedingungen arbeiten müssen. Noch dazu werden gerade im Handel diese Rahmenbedingungen in einem hohen Ausmaß von den Unternehmern nicht eingehalten.

#### Wir KommunistInnen fordern

→ die radikale Verbesserung der Rahmenbedingungen und keine weitere Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

### Schwarzunternehmertum

Neben dem schon angesprochenen Trend alles zu flexibilisieren und zu deregulieren werden Arbeits- und Sozialrechte immer öfter durch Unternehmen aus den verschiedensten Branchen einfach umgangen, die Beschäftigten massiv unter Druck gesetzt. Zum Beispiel arbeitet eine beson-

ders hohe Anzahl niederösterreichischer Beschäftigter in der Bauwirtschaft. Hier ist zu beobachten, dass immer mehr Betriebe unter unzumutbaren Bedingungen und zu Billigstlöhnen Menschen aus den Billiglohnländern beschäftigen, ohne sie zur Sozialversicherung anzumelden.

# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Maßnahmen zur Finanzierung

### Wir KommunistInnen fordern

- gleiche Rechte und Pflichten für alle in Österreich arbeitenden und lebenden Menschen
- eine effiziente Kontrolle und die rigorose und schmerzhafteste Bestrafung von Schwarzunternehmen

### Maßnahmen zur Finanzierung

Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten war noch nie so hoch wie heute. Trotzdem sinkt ihr Anteil am Volkseinkommen seit den 70er Jahren ständig, während gleichzeitig Profite und Arbeitslosigkeit wachsen.

Wie schon erwähnt sinkt trotz hohem Beschäftigungsstand der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, während gleichzeitig die Profite rasant wachsen. Das ist darauf zurückzuführen, dass derzeit das Kapital dreifach von der Budget- und Steuerpolitik profitiert: Profite und Kapitalvermögen wurden und werden steuerlich entlastet, was hauptverantwortlich für die hohe Verschuldung des Staates

ist. Dadurch profitieren Finanzkapital, Banken und Versicherungen, die über 8 Milliarden Euro jährlich durch die Zinsen auf die Staatsschuld zusätzlich einstreifen. 85% der Staatseinnahmen, aus denen ja auch die Zinsen gezahlt werden, werden von den ArbeiterInnen, Angestellten und PensionistInnen getragen. Und außerdem entzieht das Kapital durch spekulative Finanzanlagen dem produktiven Wirtschaftskreislauf immer mehr Mittel, um damit noch höhere kurzfristige Gewinne zu erzielen, wobei sich der Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose erhöht.

Dieser für die große Mehrheit der Gesellschaft ruinöse, aber für eine kleine Schicht

von Kapitalmagnaten äußerst profitable Kreislauf kann und muss durchbrochen werden. Dazu ist auch eine Steuer- und Budgetpolitik notwendig, die die Beschäftigungswirkung jeder Maßnahme an die Spitze stellt.

Der positiv besetzte Begriff des „Sparens“ muss in Bezug auf den Staatshaushalt relativiert werden. Denn anders als ein privater Haushalt hat der Staat eine gesellschaftspolitische Funktion. Er hat nicht

Gewinne zu machen, sondern muss öffentliche Aufgaben erfüllen, z. B. in Infrastruktur und Bildung investieren und für eine gerechte Verteilung sorgen.

Dem ist aber nicht so. Fixe Gebühren steigen mit Hinweis auf das „Null-Defizit“ überproportional (z. B. Autobahnvignette), während gleichzeitig beispielsweise alle EU-Länder mit Budgetüberschüssen höhere Gewinnsteuern bei Kapitalgesellschaften haben als Österreich.

### Wir KommunistInnen fordern

- Anhebung der Profit- und Kapitalbesteuerung zumindest auf das Durchschnittsniveau in der EU, das etwa doppelt so hoch ist wie in Österreich. 4 bis 5 Mrd. Euro würden dadurch jährlich mehr an Steuern bezahlt werden.
- Zinsen, Dividenden und sonstige Kapitalerträge ab 10.000 Euro jährlich sind mit dem Spitzensteuersatz von 60% und nicht wie derzeit mit 25% zu versteuern.



# Beschäftigung und Arbeitswelt

## Arbeitswelt



- Die Vermögenssteuer, die zuletzt etwa 8 Milliarden Schilling (ca. 600 Millionen Euro) erbrachte, ist wieder einzuführen, die Erbschaftssteuer für große Vermögen wirksam auszugestalten.
- Die Rücknahme der Körperschaftssteuersenkung von 34 auf 25% und der anderen Steuerbegünstigungen für die großen Konzerne, die im Zuge der letzten Steuerreform Grassers erfolgten.
- Rigorose Eintreibung des einbringbaren Teils der anstehenden Steuerschulden.
- Ausbau des steuerlichen Betriebsprüfungssystems
- Zweckbindung der Mittel der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung – diese Gelder dürfen nicht der Budgetsanierung zugeführt werden bzw. für Rüstungsabenteuer verwendet werden.
- Einführung einer Standortabgabe und Rückzahlung öffentlicher Förderungen bei Abwanderung von Betrieben.
- Durch Verzicht auf Rüstungsausgaben in den nächsten 10 Jahren (insbesondere auf die Abfangjäger) sind ca. 8 Milliarden Euro zu mobilisieren.

Zu bedenken ist schließlich: Ein Teil der Aufwendungen für eine wirksame Beschäftigungspolitik würde sich durch das erreichte höhere Beschäftigungsniveau selbst fi-

nanzieren, da sich die Steuereinnahmen erhöhen und sich die Kosten zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit verringern.

*\*) Alle Zahlen entsprechen dem Stand Ende Jänner 2006 bzw. sind Jahresdurchschnittszahlen des Jahres 2005. Die Zahlen wurden jeweils Berichten und Studien des AMS-NÖ, der NÖGKK, des ÖGB, der AK bzw. des Landes NÖ entnommen.*

Stand Februar 2006. Beschlossen bei der 21. Landeskonferenz der KPÖ-NÖ am 22. April 2006.

# Eine bessere Welt ist möglich!

Werde auch du aktiv!

## **Impressum:**

Kommunistische Partei Österreichs  
Landesorganisation Niederösterreich  
3100 St. Pölten, Andreas-Hofer-Str. 4  
Email: [kpoe.noe@aon.at](mailto:kpoe.noe@aon.at)  
Fax: 02742/71074-17

Stand Februar 2006